



# LICHTENBERGER REGISTER

ZUR ERFASSUNG EXTREM RECHTER UND DISKRIMINIERENDER VORFÄLLE IM BEZIRK

In Trägerschaft der:



## Rassistische Stimmungsmache und bedrohte demokratische Projekte Halbjahresbericht Lichtenberg 2024

Im ersten Halbjahr 2024 dokumentierte das Lichtenberger Register 286 Vorfälle. Dies bedeutet einen leichten Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren (1. Halbjahr 2022: 241 Vorfälle, 1. Halbjahr 2023: 256 Vorfälle). Die ersten Monate des Jahres waren vom Europawahlkampf geprägt, während dem mehrere Wahlplakate mit extrem rechten Symbolen wie Hakenkreuzen oder rassistischen Slogans wie „Ausländer raus“ beschmiert wurden.

Die verstärkte Aktivität der organisierten Rechten, wie dem „III. Weg“, zeigt sich durch Kampfsporttrainings und Schulhofaktionen. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass die extreme Rechte in Berlin wieder an Stärke gewinnt und ihre Präsenz in der Öffentlichkeit ausbaut.

Ein Großteil der gemeldeten Vorfälle waren Propagandameldungen, insgesamt 232. Eine Auswahl an dokumentierten Aufklebern und Schmierereien befindet sich zur Ansicht in diesem Bericht. Insbesondere rund um den Oranieseeweg wurden zahlreiche Schmierereien gemeldet, darunter großflächige Reichsflaggen an Stromkästen und Symbole der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“. Gleichzeitig beobachtete das Lichtenberger Register auch eine Mobilisierung innerhalb der Zivilgesellschaft gegen die zunehmende extrem rechte Stimmungsmache.

Obwohl die Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien mit 25 Meldungen leicht rückläufig waren (2022: 19, 2023: 30), wurden mit sieben dokumentierten Angriffen mehr unmittelbare körperliche Gewalttaten dokumen-

tiert. Diese Zunahme an körperlichen Angriffen ist alarmierend, das rassistische Motiv macht hierbei weiterhin den Großteil der Meldungen aus.

### Zivilgesellschaftliche Akteure im Blickfeld der extremen Rechten

Die Zunahme von Einschüchterungsversuchen gegen zivilgesellschaftliche Akteure setzte sich auch im ersten Halbjahr 2024 fort. In Hohenschönhausen wurde mehrfach extrem rechte Propaganda in die Briefkästen von Jugendfreizeiteinrichtungen gesteckt oder rassistische Aufkleber an die Fensterscheiben geklebt.

Aufkleber der AfD wurden zielgerichtet an Jugendfreizeiteinrichtungen angebracht, was eine klare Botschaft der Ablehnung und Bedrohung sendet. Ein weiteres Projekt erhielt einen Flyer der extrem rechten Kampagne „Ein Prozent“. Diese Kampagne ist bekannt für ihre Versuche, demokratische und antifaschistische Kräfte zu diskreditieren und einzuschüchtern. Solche Aktionen richten sich gezielt gegen Jugendliche und Heranwachsende, die sich demokratisch positionieren und sollen deren Engagement untergraben. Weiterhin wurde versucht, die Arbeit der Registerstellen und anderen Demokratie-Projekten zu diskreditieren. Dazu gehörten extrem rechte Hetzkampagnen und Hasskommentare in den sozialen Medien.



# Die extreme Rechte - von Wahlkampf bis Kampfsport

Wie bereits seit Mitte 2023 berlinweit beobachtet werden konnte, nimmt die Organisation innerhalb der extremen Rechten wieder zu. Insbesondere der „III. Weg“ stellt mit seinen Schulhofaktionen, Kampfsporttrainings und Bedrohungen von Zivilgesellschaft eine immer größer werdende Gefahr dar. Diese extrem rechte Gruppierung versucht gezielt, junge Menschen durch Kampfsport zu rekrutieren. Bei Trainings, Schulungen und Konfrontationen radikalisieren sich die Anhänger:innen weiter. Die zunehmende Gewalt der Nationalrevolutionären Jugend (NRJ) wurde bereits in einem berlinweiten Artikel umfassend zusammengestellt und analysiert.



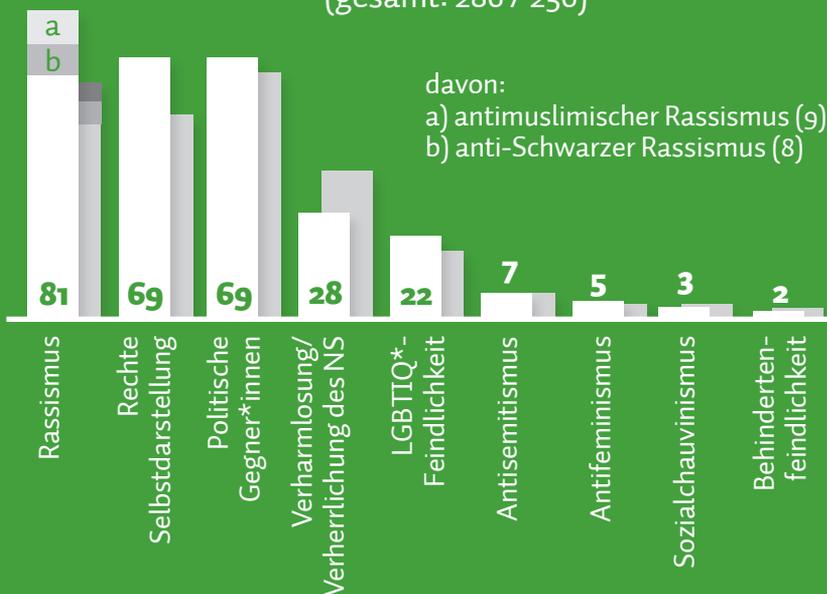
Im Juni fand die Wahl zum Europaparlament statt. Die rassistischen und neonazistischen Schmierereien auf Wahlplakaten und Bedrohungen von Wahlkampf helfer\*innen spiegelt eine verstärkte Aktivität extrem rechter Akteure wider, die versuchen, das politische Klima zu beeinflussen.

Eine detaillierte Analyse der Wahlbeteiligung zeigte in Neu-Hohenschönhausen eine niedrige Wahlbeteiligung von nur 32,9% im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt von 64,8%. Gleichzeitig nahm der Stimmenanteil für (extrem) rechte Parteien erheblich zu. Die AfD erzielte im Wahllokal der Jane-Addams-Schule beispielsweise 44,5% der Stimmen.

Entlang einer Geflüchtetenunterkunft in Alt-Hohenschönhausen wurden Wahlplakate der AfD mit dem Slogan „Asylchaos beenden!“ aufgehängt. Diese Propaganda richtet sich gezielt gegen die Anwesenheit von Geflüchteten und schürt Ressentiments. Die Geflüchtetenunterkunft wurde im Frühjahr 2024 mehrfach angegriffen.

Die Abschlussveranstaltung der Berliner AfD fand am Tierpark statt, bei der sich etwa 50 Besucher\*innen versammelten, darunter Rechtsradikale aus alten Kameradschaftstrukturen oder der NPD. Ein bekannter Neonazi bedrängte dabei Gegendemonstrant\*innen. Die Parteien, Organisationen, Gewerkschaften und Verbände setzten auf Gegenproteste, um ein Zeichen gegen Rassismus und die extreme Rechte zu setzen.

Motiv der Vorfälle  
1. Halbjahr 2024 / 2023  
(gesamt: 286 / 256)



Der Podcast zu extrem rechten Kampfsporttrainings von der Fach-, und Netzwerkstelle Licht-Blicke ist ebenfalls empfehlenswert. Dieser ist hier abrufbar.



Die Vorfallszahlen geben einen vorläufigen Überblick über das erste Halbjahr. Ergänzt werden diese mit den Vorfällen durch die Kooperationspartner\*innen im Jahresbericht.

**Lichtenberger Register**  
Einbecker Straße 85, 10315 Berlin

Web: [www.berliner-register.de/lichtenberg](http://www.berliner-register.de/lichtenberg)  
Mail: [lb@berliner-register.de](mailto:lb@berliner-register.de)  
Facebook: Lichtenberger Register  
Twitter: @LichtenbergerR7  
Bluesky: @liregister.bsky.social  
Tel.: 030 - 505 665 18  
Mobil: 0176 - 16 37 16 35  
Stand: 6. September 2024  
Redaktion: Jana Adam  
Gestaltung: Michael Mallé

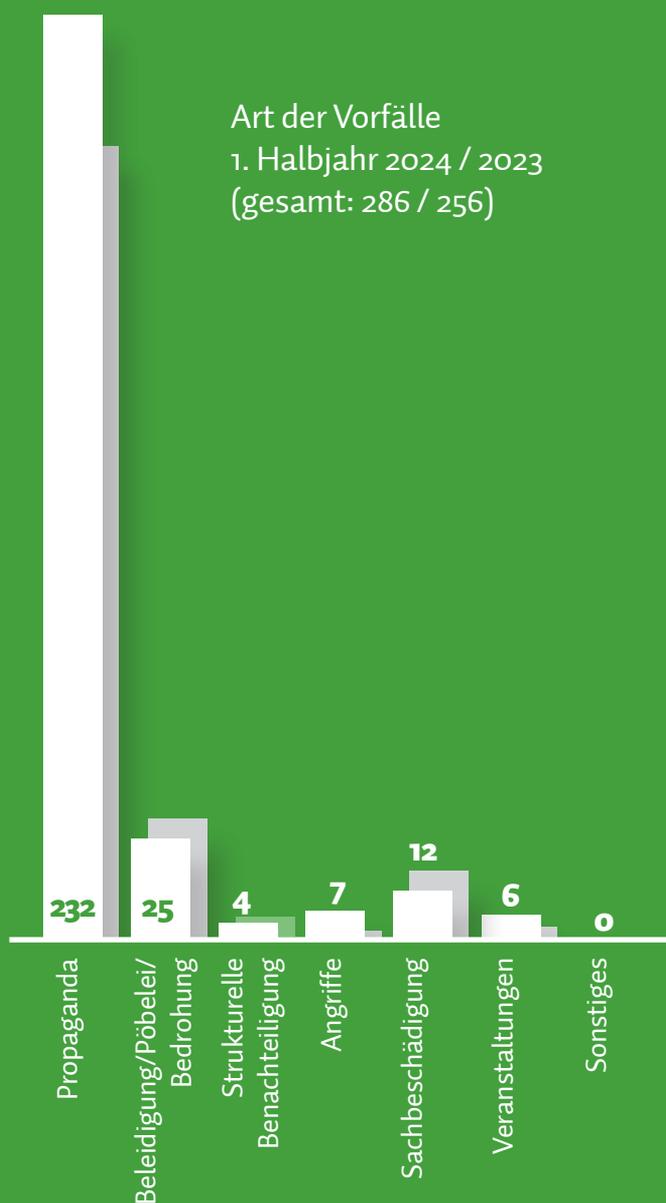
Gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung. In Trägerschaft der pad gGmbH.



V.i.S.d.P.: Andreas Wächter (pad gGmbH), Kastanienallee 55, 12627 Berlin

## Neu-Hohenschönhausen - so viele Vorfälle wie noch nie

Erstmals sind die meisten Vorfallmeldungen in Neu-Hohenschönhausen verortet. Traditionell konzentrierten sich die Meldungen auch aufgrund einer starken Melder\*innenschaft hauptsächlich auf die Ortsteile Lichtenberg-Mitte und Lichtenberg-Nord. Nun jedoch wurden insgesamt 76 Meldungen in Neu-Hohenschönhausen registriert. Nach Einschätzung des Registers ist dies jedoch nicht unbedingt auf eine gestiegene Vorfalldichte zurückzuführen, sondern eher auf eine verbesserte Erfassung des sogenannten Dunkelfelds. Ein herzlicher Dank gilt an dieser Stelle den engagierten Melder\*innen vor Ort, die sich regelmäßig an die Registerstelle wenden und somit zu einer besseren Dokumentation der Vorfälle beitragen.



In den Ortsgruppen auf Social Media und auf der Straße wurden die geplanten Gemeinschaftsunterkünfte in Neu-Hohenschönhausen erneut rassistisch diskutiert. Die Stimmungsmache gegenüber den Gemeinschaftsunterkünften war auch ein zentrales Thema einer Veranstaltung des Lichtenberger Registers und der Fach- und Netzwerkestelle Lichtblicke. Diese Veranstaltung thematisierte neben der Keller-Brandserie auch das gesellschaftspolitische Klima in Neu-Hohenschönhausen. Neben dieser Veranstaltung fanden im ersten Halbjahr zahlreiche Vernetzungstreffen von Engagierten statt, die der rassistischen Stimmungsmache etwas entgegensetzen wollen.

## Hass gegen LGBTIQ\*- gestiegene Queerfeindliche Vorfälle

Die Stimmungsmache gegen lesbische, schwule, trans-, inter- oder queere Menschen (LGBTIQ\*) nahm auch im ersten Halbjahr weiter zu. Mindestens fünf Mal wurden Menschen LGBTIQ\*-feindlich bedroht oder angegriffen. Queere Menschen, die schon lange in Lichtenberg wohnen, berichten von einem veränderten Klima und einer aggressiveren Stimmung. Beschimpfungen und Bedrohungen nehmen immer weiter zu, sodass sich LGBTIQ\*-Personen oft nicht mehr sicher fühlen. Diese Zunahme von LGBTIQ\*-feindlicher Gewalt zeigt sich auch in der berlinweiten Entwicklung.

In Alt-Hohenschönhausen ereignete sich ein besonders einschneidender Vorfall, bei dem eine Transfrau an einer Tramhaltestelle LGBTIQ\*-feindlich beleidigt und bespuckt wurde. Die zwei Täter folgten der Betroffenen noch bis in die Tram, was die Einschüchterung und den psychischen Druck auf die Betroffene verstärkte. Solche Vorfälle verdeutlichen die Notwendigkeit verstärkter Schutzmaßnahmen und Unterstützungsangebote für LGBTIQ\*-Personen.

## „Ausländer Raus“- Rassistische Stimmungsmache

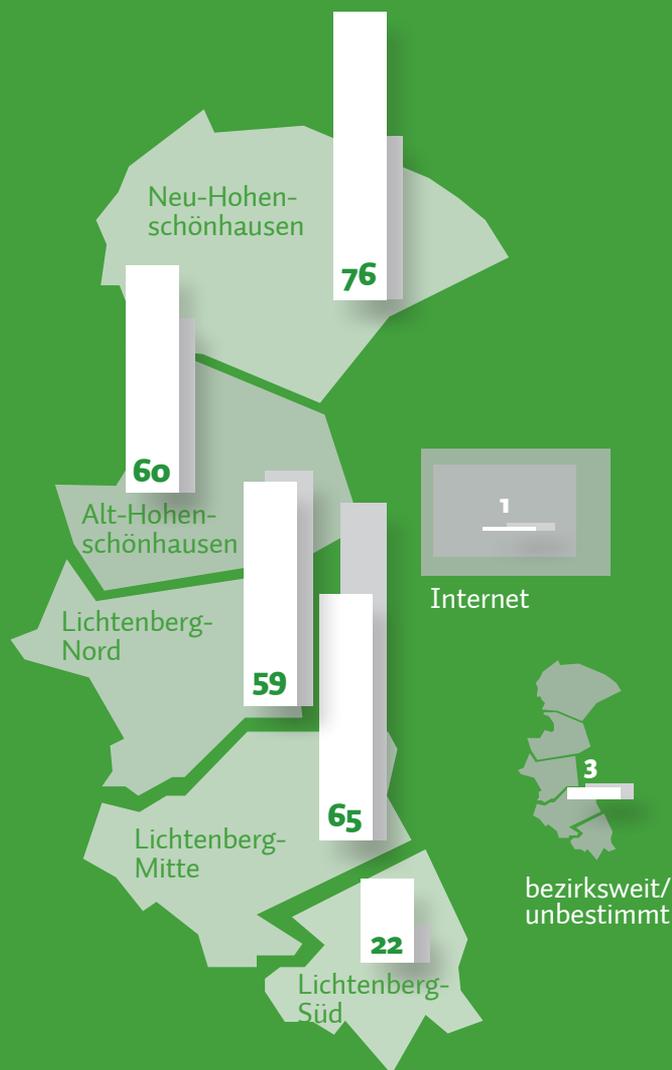
Mit dem bundesweit diskutierten Skandal um das auf Sylt gesungene Lied mit umgedichteten „Ausländer raus“-Text kamen zahlreiche Rufe mit genau diesem Inhalt auf. Im Juni grölte eine Gruppe von etwa 20 BFC-Fans an der Tramhaltestelle Oberseestraße rassistische Fangesänge: „Dynamo, Dynamo... Ausländer raus“. Ein weiterer Vorfall ereignete sich im Mai an der Haltestelle U-Bahnhof Friedrichsfelde, wo ein Mann „Deutschland den Deutschen - Ausländer raus“ pöbelte und dabei Gewaltfantasien gegen Personen mit Migrationshintergrund äußerte. Die rassistischen Vorfälle in Lichtenberg bleiben auf einem hohen Niveau. Insgesamt wurden 16 Fälle dokumentiert, bei denen Menschen rassistisch angegriffen oder bedroht wurden (Rassistische Vorfälle gesamt: 81). Überraschend oft waren Jugendliche von diesen Bedrohungen und Beleidigungen betroffen. Im Januar erhielt eine Mutter, die mit ihren Kindern in Alt-Hohenschönhausen wohnt, eine Todesdrohung, die auf einem Zettel an ihrer Wohnungstürklingel angebracht war. In der Zingster Straße wurde eine Gruppe von Jugendlichen von einer anderen Gruppe Jugendlicher rassistisch beschimpft und mit einem Böller angegriffen. Die Angreifer riefen dabei: „Ausländer raus!“.

Die rassistischen Diskurse in Deutschland hat in den letzten Jahren immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen und Anfeindungen gegen Geflüchtete geführt. Ein besonders besorgniserregendes Beispiel dafür ist die Situation in Alt-Hohenschönhausen. Dort wurden Container, in denen hauptsächlich Familien mit kleinen Kindern leben, wiederholt Ziel von Steinwürfen. Diese gezielten Angriffe verdeutlichen die Gefährdungslage, der geflüchtete Menschen ausgesetzt sind. Die Mitarbeitenden der Unterkunft sind ebenfalls von diesen feindseligen Aktionen betroffen. Sie erhielten mehrfach Drohanrufe, in denen Parolen wie „Ausländer raus“ propagiert wurden. Diese verbalen Angriffe sind nicht nur Ausdruck eines tief verwurzelten Rassismus, sondern steigern auch die psychische Belastung der Helfer\*innen.

Angesichts dieser zunehmend rassistischen Stimmungsmache ist es unerlässlich, die weitere Entwicklung in den Nachbarschaften rund um die Gemeinschaftsunterkünfte genau zu beobachten. Es ist zu befürchten, dass solche rassistisch motivierten Übergriffe weiter zunehmen könnten, wenn nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Bereits jetzt zeigen Statistiken eine bundesweite und alarmierende Zunahme von Angriffen auf Geflüchtetenunterkünfte.

Die umfassende Beobachtung und Dokumentation der Vorfälle durch das Lichtenberger Register dient dazu, ein besseres Verständnis der Dynamiken und Muster zu entwickeln, die zu solchen Gewalttaten führen. Gleichzeitig müssen Politik und Gesellschaft deutlich machen, dass Rassismus und Gewalt gegen Geflüchtete in Lichtenberg keinen Platz haben.

Ort der Vorfälle  
1. Halbjahr 2024 / 2023  
(gesamt: 286 / 256)



## Das Berliner Register

Register sind Stellen in den Berliner Bezirken, die diskriminierende und extrem rechte Vorfälle dokumentieren. Erfasst werden Vorfälle, die rassistisch, antiziganistisch, antisemitisch, antifeministisch, LGBTIQ\*-feindlich, behindertenfeindlich oder extrem rechts motiviert sind. Die Vorfälle machen Diskriminierung im Alltag sichtbar. Die Auswertungen der Registerstellen helfen, Verbündete zu finden und gegen Ausgrenzung und diskriminierende Gewalt vorzugehen. Sie geben außerdem Einblicke in die Aktivitäten der extremen Rechten.

Das erste Register wurde 2005 in Pankow gegründet, Lichtenberg folgte 2006 und seit 2016 gibt es in allen Berliner Bezirken eine Registerstelle. Das Lichtenberger Register wird finanziert durch die Fördermittel des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

\*Gemeint sind Vorfälle gegen homo- und bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen. LGBTIQ\* steht für Lesbian-Gay-Bi-Trans-Inter-Queer und das Sternchen schließt weitere Geschlechter und Sexualitäten mit ein.